

Vorlage Stadtparlament

Datum	5. Mai 2026
Beschluss Nr.	1479
Aktenplan	152.15.13 Stadtparlament: Einfache Anfragen

Einfache Anfrage Raphael Lüchinger: erweiterter Baumschutz; Beantwortung

Am 14. Februar 2026 reichte Raphael Lüchinger die beiliegende Einfache Anfrage betreffend «erweiterter Baumschutz» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

1 Ausgangslage

Gemäss Artikel 39 der Bauordnung (SRS 731.1) unterliegt das Fällen von Bäumen der Bewilligungspflicht, wenn:

- a) sich diese in den im Zonenplan bezeichneten Gebieten mit schutzwürdigen Grünflächen mit Baumbestand befinden und einen Stammumfang von mehr als 0,8 m (gemessen 1 m über dem Boden) aufweisen;
- b) deren Pflanzung verfügt worden ist.

Die Bewilligung wird erteilt, wenn das Interesse an der Fällung das Interesse an der Erhaltung überwiegt. Dies ist insbesondere der Fall, wenn:

- a) ein Baum ohne qualitative Verschlechterung des bestehenden Baumbestandes gefällt werden kann und der Baum nicht besonders schützenswert ist;
- b) ein Baum im Bereich einer geplanten Hauptbaute steht und der Baum nicht besonders schützenswert ist;
- c) die Nutzung von Räumen zu längerem Aufenthalt von Menschen unzumutbar beeinträchtigt wird.

Mit der Bewilligung kann eine angemessene Ersatzpflanzung verfügt werden.

Per 1. November 2024 wurde das Baumschutzgebiet auf die ganze Stadt ausgeweitet. Entsprechend gelten die angeführten Bestimmungen für das gesamte überbaute Gebiet der Stadt St.Gallen.

2 Beantwortung der Fragen

1. *Wie lange dauert das Bewilligungsverfahren für Fällgesuche durchschnittlich (von Gesuchseinreichung bis Entscheid)?*

Im Jahr 2025 wurden insgesamt 110 Fällgesuche eingereicht. Davon wurden 93 Gesuche bewilligt, 17 Fällungen wurden abgelehnt. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug dabei – gerechnet ab Eingang eines vollständigen Gesuchs bis zur Erstellung des Entscheids – 55 Tage. 42,6 % der Gesuche konnten innert 30 Tagen erledigt werden. Weitere 30,8 % der Gesuche wurden innerhalb von 30 bis 60 Tagen erledigt. Damit wurde deutlich mehr als zwei Drittel aller Gesuche innerhalb von zwei Monaten entschieden. Bei 13 Gesuchen (rund 12 %) gingen Einsprachen oder Stellungnahmen ein. Solche Eingaben führen naturgemäss zu zusätzlichem Prüfbedarf des Sachverhaltes und verlängern die Verfahrensdauer aufgrund der dadurch entstehenden Mehrabklärungen, des Schriftenwechsels sowie der formellen Beschlussfassung samt Einspracheentscheid durch die Baubewilligungskommission.

Insgesamt zeigen die Zahlen, dass die gegenüber dem Vorjahr 2024 mit 91 Fällgesuchen gestiegene Anzahl an Verfahren immer noch unter Berücksichtigung der gesetzlichen Fristvorgaben (acht Wochen bei vollständigen Gesuchsunterlagen und wenn keine Einsprachen eingehen) abgewickelt werden können. Der Stadtrat legt Wert darauf, eine praktikable und zeitnahe Behandlung der Gesuche sicherzustellen.

2. *Nach welchen Kriterien entscheidet die Stadt über die Bewilligung oder Ablehnung von Fällgesuchen, und wie ist das interne Prüf- und Entscheidungsverfahren ausgestaltet?*

Das Verfahren führt das Amt für Baubewilligungen. Die fachliche Prüfung der ersuchten Fällung erfolgt durch Stadtgrün. Sowohl das Amt für Baubewilligungen als auch die Baubewilligungskommission stützen sich in der Entscheidungsfindung auf die fachliche Stellungnahme von Stadtgrün.

Ein Fällgesuch wird beim Amt für Baubewilligungen eingereicht. Nach einer formellen Prüfung und allenfalls notwendigen Bereinigung der Unterlagen führt das Amt für Baubewilligungen das Bekanntmachungs- und Anzeigeverfahren nach Art. 139 PBG durch. Das ordentliche Verfahren ist aufgrund eines Entscheids des Baudepartements (heute Bau- und Umweltsdepartement) aus dem Jahr 2019 anzuwenden. Parallel dazu prüft die Dienststelle Stadtgrün das Fällgesuch. Die Kriterien für die Beurteilung basieren auf Art. 39 der Bauordnung. Im Fällgesuch nennt die Gesuchstellerin bzw. der Gesuchsteller einen Grund für die beabsichtigte Fällung. Stadtgrün prüft aus fachlicher Sicht, ob der Fällgrund gemäss Art. 39 Bauordnung zulässig ist und verifiziert vor Ort, ob der angegebene Fällgrund Berechtigung hat. In der überwiegenden Anzahl der Fälle entspricht der Fällgrund den gesetzlichen Bestimmungen und den Gegebenheiten vor Ort. Liegt ein fachlich nachvollziehbarer Fällgrund vor, wird die Fällbewilligung innert weniger Tage durch das Amt für Baubewilligungen erteilt. Fällt die fachliche Beurteilung negativ aus, gewährt das Amt für Baubewilligungen der Gesuchstellerin oder dem Gesuchsteller das rechtliche Gehör und setzt hierzu eine angemessene Frist. Eine allfällige Stellungnahme wird Stadtgrün erneut zur fachlichen Prüfung unterbreitet. Nach dem Schriftenwechsel wird das Fällgesuch zuhanden der Baubewilligungskommission traktandiert. Der Baubewilligungskommission obliegt schliesslich der Entscheid über eine mögliche Fällung samt einer allfälligen Ersatzbepflanzung.

3. *Welche durchschnittlichen Kosten verursacht das Verfahren pro bewilligter Fällung für Stadt und Gesuchstellende, und sieht der Stadtrat aufgrund der bisherigen Erfahrungen Optimierungspotential oder Vereinfachungen?*

Gemäss Gebührentarif des Amtes für Baubewilligungen (SRS 731.112) können für Fällgesuche Gebühren von CHF 50 - 500 erhoben werden. Da gemäss Rechtsprechung das Bekanntmachungs- und Anzeigeverfahren nach Art. 139 PBG auch bei einem Fällgesuch durchgeführt werden muss, kommen zusätzliche Kosten für die Bauanzeigen hinzu. Je nach Situation müssen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer in unterschiedlicher Anzahl per eingeschriebenem Brief von den Fällabsichten in Kenntnis gesetzt werden. Pro Anzeige werden dafür gemäss Gebührentarif CHF 20 verrechnet.

Die für die Stadt verbleibenden Kosten pro Fällgesuch nach Abzug der Gebühren lassen sich kaum beziffern, da jede Fällung für sich beurteilt werden muss und der Aufwand damit stark variiert. Die Erarbeitung einer Übersicht bzw. Zusammenstellung würde zu einem unverhältnismässigen Aufwand führen. Eine Vollkostendeckung ist bei den eher tief angesetzten Gebührensätzen indes grundsätzlich nicht gegeben.

Eine Rückkehr zum vereinfachten Verfahren gemäss Art. 140 PBG, das die Stadt vor dem Entscheid des Baudepartements aus dem Jahr 2019 angewendet hat, ist aufgrund fehlender rechtlicher Grundlagen nicht möglich. Ein korrektes und transparentes Verfahren bei Fällgesuchen ist somit nur im ordentlichen Verfahren möglich. Das Optimierungspotenzial ist damit ausgeschöpft.

Die Stadtpräsidentin:
Maria Pappa

Der Stadtschreiber-Stellvertreter:
Andy Markwalder

Beilage:
▪ Einfache Anfrage vom 14. Februar 2026